

## **Stellungnahme zur Entschuldigung des Ministerpräsidenten Hendrik Wüst für die Fehler der Sicherheitsbehörden im Rahmen der NSU-Anschläge**

*Pressemitteilung des Landesintegrationsrates NRW am 11. Juni 2024*

Der Landesintegrationsrat NRW begrüßt die öffentliche Entschuldigung des Ministerpräsidenten Hendrik Wüst für die Fehler der Sicherheitsbehörden, die im Rahmen der Ermittlungen zu den Anschlägen des NSU begangen wurden. Die wichtige und aussagekräftige Rede war beim Gedenk- und Kulturfestival BİRLİKTE zu hören, welches am 9. Juni 2024 in Köln zur Erinnerung an den tragischen Anschlag in der Keupstraße vor 20 Jahren ausgetragen wurde.

Bei dem Nagelbombenanschlag am 9. Juni 2004 wurden 22 Menschen verletzt, vier davon schwer. Die Ermittlungen und die Aufarbeitung des Anschlags seitens der Sicherheitsbehörden verliefen damals wenig erfolgreich und hatten weitreichende Konsequenzen für die Opfer. Die zahlreichen Hinweise auf die rechte Szene wurden ignoriert, während stattdessen jahrelang innerhalb migrantischer Communitys nach Tatverdächtigen gesucht wurde. Dieses Vorgehen wirkte sich auf die mediale Berichterstattung aus, in der die Opfer zu Tätern gemacht wurden. Erst mit der Selbstenttarnung der NSU im Jahr 2011 wurde offenbar, dass die Anschläge von Neonazis verübt wurden.

„Der Landesintegrationsrat, zahlreiche Vertretungsorganisationen von Menschen mit internationaler Familiengeschichte sowie die Opferfamilien selbst, hofften viele Jahre auf eine Entschuldigung seitens der Politik für das Versagen der Sicherheitsbehörden. Wir sehen in der Entschuldigung eine Verpflichtung, weiterhin gemeinsam an einer offenen und gerechten Gesellschaft zu arbeiten“, so Tayfun Keltek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates.